

"Ein Programm für Aufschwung und Beschäftigung"

*vorgestellt am 2.7. nach einer Sitzung des Koalitionsausschusses

*34 Reformmaßnahmen auf 10 Seiten

*das bislang größte Reformpaket der laufenden Legislaturperiode

*politische Vereinbarung, vieles muss noch in Gesetz gegossen und beschlossen werden

*Ziele: Wachstum schaffen, Arbeitsplätze sichern, Zusammenhalt stärken

Nr.	Bereich	Inhalt	Inhalte	Anmerkungen Ortsverein SPD Glienicke
1	Rente	Umsetzung der Vorschläge der Alterssicherungskommission = 33 Empfehlungen, u.a.:		
			Erhöhung Renteneintrittsalter nach 2031 schrittweise auf 67 Jahre (Maßstab Lebenserwartung)	nichts Neues, Erhöhung bis auf 70 Jahre wird erwartet; gerechter wäre Orientierung an Beitragsjahren nicht an Lebenserwartung, körperlich schwere Berufe müssen mehr berücksichtigt werden, Kritik an Mütterrente
			Abschaffung der abschlagsfreien Rente mit 63	unter bestimmten Voraussetzungen sollte abschlagsfreie Rente mit 63 beibehalten werden (körperlich hart, Anzahl Beitragsjahre)
			Einführung einer gesetzlichen Kapitalrente nach schwedischem Vorbild	im Grundsatz gut; staatliche Verwaltung wäre wichtig (Stichwort Gebühren); riskante Anlagen unterbinden (Negativbeispiel: Versorgungswerk Zahnärzte)
			Einbeziehung von Selbstständigen, Abgeordneten, kommunalen Wahlbeamten in gesetzliche RV	hat Auswirkungen auch auf kommunale Kassen (AG-Anteil), perspektivisch Bürgerversicherung, in die alle einzahlen!!
			Sicherung des Rentenniveaus	Glaskugel, bleibt abstrakt, aktuelle Durchschnittsrente 1.289 Euro netto, perspektivisch sogar höheres Rentenniveau möglich
			Versicherungsfremde Leistungen sollen stärker aus dem Bundeshaushalt finanziert werden	
			Beitragssätze sollen langfristig stabilisiert werden	
			Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge	grds. ja, aber aktuelle Doppel-Besteuerung ist ungerecht; betriebliche Altersvorsorge sollte Pflicht für alle Betriebe sein
			Reform der privaten Altersvorsorge: staatlich gefördert und vereinfacht	als Sperrkonto bis Renteneintritt, keine Verrechnung mit Grundsicherung; besser: Haltedauer für ETF/Aktien (wieder) steuerlich begünstigen oder Freibetrag erhöhen
			Anreize für längeres Arbeiten, flexiblerer Übergang in Ruhestand	Aktivrente nach Regelsarbeitszeit gute Sache; es sind aber aktuell "Schlupflöcher" möglich
			Rentenbeiträge auf Minijobs	nachteilig für Studenten und Geringverdiener (Schüler sind ausgenommen), AN kann entscheiden, ob er RV-Anteil zahlt; Freibeträge für Studenten sollten angepasst werden
2	Steuer	Entlastung bei Einkommenssteuer		Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer sind einzuführen/anzupassen statt "rechte Tasche, linke Tasche" im Mittelstand!!
			Anhebung Grundfreibetrag	Rechenmodell ist lächerlich; Entlastung von Familien um 600 Euro im Jahr wird an anderer Stelle aufgefressen; keine Reform, sondern Umverteilung
			Anhebung Kinderfreibetrag	
			Erhöhung Kindergeld	
			Anhebung Arbeitnehmerpauschbetrag	
			Ausgleich der Steuerausfälle für Kommunen durch Bund	klingt erstmal gut, im Detail prüfen
			Gegenfinanzierung: 45 % ab 250.000 Euro, 47 % ab 280.000 Euro zu versteuerndes Einkommen	warum nicht 50 oder 52 Prozent, betrifft nur 3 Promille der Zahler, Steuerschlupflöcher müssen endlich geschlossen werden!
			Anhebung Pauschalsteuersatz bei Minijobs von 2 auf 5 Prozent	zusätzliche Belastung für AG, senkt Anreiz, solche Jobs zu schaffen; auf der anderen Seite Absicherung und Beiträge für/durch AN
			Reduzierung der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen von 1.200 auf 900 Euro	gilt das auch für haushaltsnahe Dienstleistungen? Mit alter Regelung sollte Schwarzarbeit reduziert werden...
3	Arbeitsmarkt	Beitrag zur Arbeitslosenversicherung stabil halten		Wirtschaft aktuell (noch) Richtung Rezession, derzeit gehen tausende (Industrie-)Arbeitsplätze verloren, v.a. Autobranche und Zulieferer
4	Arbeitsmarkt	Erhöhung des steuerlich begünstigten Stundenlohns auf bis zu 75 Euro bei Sonn- und Feiertagszuschlag, "gleichzeitig wird der steuerfreie Zuschlag im Regelungsbereich eines Tarifvertrags vollständig beitragsfrei gestellt"		aktuell bei 50 Euro; Unternehmen, die Tarifvertrag haben, profitieren zusätzlich (und damit deren Angestellte, die diese "unattraktiven" Zeiten übernehmen)
5	Arbeitsmarkt	Verlängerung sachgrundlose Befristung bis zu 48 Monate und sechsmalige Verlängerung		innerhalb von 48 Monaten bis zu sieben Verträge; bei großen Unternehmen kann jetzt schon bis zur Rente sachgrundlos befristet werden (Bsp. Forschung, Drittmittel); Problem sind sachgrundlose Befristungen als solche; stellen Unternehmen dann wirklich mehr Leute ein?
6	Arbeitsmarkt	Auflösung Arbeitsverhältnis mit Abfindungsoption für Hochverdiener		klingt nach einem Deal à la "Abfindung als Kompensation für die Lockerung des Kündigungsschutzes für Hochverdiener" = Eingriff in allgemeinen Kündigungsschutz?
7	Arbeitsmarkt	Abfindungszahlungen steuerlich privilegiert, wenn zügig eine neue Erwerbstätigkeit aufgenommen wird		es gibt jetzt schon Fünftel-Regelung, d.h. Abfindung kann über 5 Jahre steuerlich berücksichtigt werden
8	Arbeitsmarkt	Neue Instrumente für Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsmarktdrehscheiben, Job-to-Job-Qualifizierung...)		alles, was hilft, sozial ausgestaltet ist und im Kosten-Nutzen-Verhältnis steht; wäre im Einzelnen zu betrachten
9	Arbeitsmarkt	Programm "Zweite Chance" mit Ziel, Reduzierung von Jugendlichen ohne Schul-/Ausbildungsabschluss		
10	Arbeitsmarkt	Umsetzung der Vorschläge der Kommission zur Sozialstaatsreform (KSR) = 26 Empfehlungen, u.a.		
			Zusammenführung von Grundsicherung, Wohngeld und Kinderzuschlag	
			weniger unterschiedliche Behördenzuständigkeiten	
			langfristig nur noch zwei Anlaufstellen: Jobcenter und Sozialämter	
			Erwerbsanreize verbessern: geringere Einkommen sollen stärker auf Sozialleistungen angerechnet werden als höhere	entsteht dadurch nicht gegenteiliger Effekt, d.h. dann eher gar kein Job, weil es sich erst Recht nicht lohnt? Wo verläuft die Grenze zum Minijob? Welcher Arbeitslose hat Möglichkeit, sofort in einen gut bezahlten Job einzusteigen?
			weniger Nachweispflichten	
			längere Bewilligungszeiträume	
			mehr Pauschalen statt Einzelfallberechnungen	
			automatisierte Leistungen, z.B. beim Kindergeld	
			stärkere Digitalisierung, Datenaustausch, einheitliche Nutzung der Steuer-ID	
11	Arbeitsmarkt	Abschaffung der telefonischen Krankschreibung, verpflichtende Vorlage AU ab dem ersten Tag		Risiko, dass mit Attest die Leute gleich eine Woche krank bleiben und nicht nur 1-2 Tage; AG hat jetzt schon Möglichkeit, Attestauflagen für einzelne MA zu geben; erst Alternativen schaffen (z.B. digitale Sprechstunde)
		"Termingarantie Fachärzte" im Rahmen Primärarztgesetz, gesetzlich geregelte Infarktvorsorge		grds. wäre das gut; auch wegen unterschiedlicher Behandlung gesetzlich und privat Versicherter; dazu müsste es aber genug Fachärzte geben...
12	Wachstum / Gerechtigkeit	Stärkung und Förderung von Zukunftstechnologien, explizit autonomes Fahren		grds. gut, aber sehr allgemein; warum ausgerechnet "autonomes Fahren" (Kompensation für Automobilindustrie beim Verschlafen der E-Auto-Wende)?; erstmal Helmpflicht für Roller einführen...

	Neuregelung, damit Kommunen von der Ansiedlung von Rechenzentren profitieren (Gewerbesteuer-Messbetrag)	Messbetrag sollte begrenzt sein, damit kein zu großer Vorteil gegenüber anderen Unternehmen entsteht; Rechenzentren sind kein Allheilmittel (Bedarf Strom, Wasser; nur wenige Arbeitsplätze im Vergleich zu anderen (Industrie-)Unternehmen)
13	Gerechtigkeit	Aktionsplan zur Bekämpfung des Sozialleistungsmissbrauchs: möglichst umfassender Datenaustausch (u.a. zu Energieversorgern)
	Anknüpfen an "rechtmäßigen" statt "gewöhnlichen" Aufenthalt für Sozialleistungen nach fünf Jahren	
	Leistungsausschluss für per Haftbefehl gesuchte Personen	selbstredend!
14	Bürokratieabbau	Vereinfachung des nationalen Datenschutzes
	Ziel auf EU-Ebene: Vereine, KMU und risikoarme Datenverarbeitung vom Anwendungsbereich der DSGVO ausnehmen	gerne, nicht immer EU-Regeln verschlimmbessern wollen
	"Datengesetzbuch" für einheitliche Auslegung und Rechtsklarheit	
	Reduzierung betriebliche Datenschutzbeauftragte (KMU) und Bündelung Aufsichtsstrukturen	
15	Wachstum	Ausbau des "Deutschlandfonds" für mehr strategische Beteiligung und nationale Resilienz
	Ziel: Eckpfeiler für wirtschaftliche Sicherheitspolitik	Bund und KfW stellen 30 Mrd. Euro zur Verfügung, klingt symbolisch
16	Wachstum	Planungsbeschleunigung für Verteilnetze (Energie); Halbierung des Zeitraums für Realisierung für Netzprojekte
	Bestehende Netze besser auslasten und Genehmigungsverfahren beschleunigen (mithilfe "EU Grid Package")	insb. Bereiche Rohstoffbeschaffung; recht schwammig, worum geht es konkret?
	Digitalisierung von über 90 Prozent der Netze bis Ende 2030	
	Zentrale Datenplattform mit Daten zu Netzausbau, -auslastung, -anschlusskapazitäten	
	Anreize für Kooperation zwischen Netzbetreibern ("einer für alle" bei z.B. Entwicklung von Software)	
	Anschlussgarantie für Industriebetriebe ans Stromnetz	
17	Wirtschaft	Neue Außenwirtschaftsstrategie zur Stärkung der gemeinsamen (europäischen) Handelspolitik
	Diversifizierung von Handelsbeziehungen	
	Sektorweite Anwendung von Anti-Dumping und Anti-Subventionsmaßnahmen	worum geht es genau? (chinesische Subventionen?)
	Sicherung der wirtschaftlichen Souveränität durch verpflichtende Vorgaben im Einzelfall	inwieweit kann Bund verhindern, dass sich Externe einkaufen in sensible Unternehmen?
	Schnellere Verabschiedung des Industrial Accelerator Act "in angepasster Form"	was bedeutet das konkret?
	Einführung von EU-Präferenz-Regeln bei öffentlichen Förderprogrammen	was bedeutet das konkret?
	Garantierte staatliche Abnahmen und Investitionsschutzmaßnahmen in strategisch wichtigen Bereichen	Abnahmegarantien schwierig (Autos)? Wer entscheidet? Was gilt als strategisch?
18	Wohnungsbau	Wohnungsbaugesellschaft (WBG) auf Bundesebene (sozial und seriell)
	Abschaffung von additiven nationalen Kapitalpuffern für Immobilienkredite	Kapitalpuffer erhöhen die Widerstandsfähigkeit von Banken in Krisen; in Deutschland strenger geregelt als EU-Vorgabe ("additiv"); durch Abschaffung zusätzliche Finanzierungsspielräume für Banken für Wohnungsbau (Kreditvergabe)
	Bundesgesetz zur Verhinderung der Verstaatlichung privater Mietwohnungsbestände durch Bundesländer	"Lex Berlin", geht gar nicht! GG sieht Enteignungsmöglichkeit grds. vor: am Ende wird Gericht über Zuständigkeiten entscheiden
19	Wirtschaft	Bitte an Tarifvertragsparteien, in branchenspezifischen Dialog zu treten (Automobil, Chemie, Stahl, Maschinenbau)
20	Wirtschaft	Bitte an Tarifvertragsparteien um Vorschläge für abweichende Regelungen von geltenden Gesetzen (z.B. Arbeitsrecht)
	Schnellere Einführung von KI im Einklang mit Mitbestimmungsrechten des Betriebsrats	KI ist nicht Heilsbringer für alles, Auswirkungen von flächendeckendem Einsatz von KI in Betrieben nicht absehbar; Betriebsrat hat bereits jetzt Mitbestimmung beim Einsatz Künstlicher Intelligenz
21	Wirtschaft	Beendigung der Möglichkeit, durch die Vorhaltung von "Vorrats-SE" das deutsche Mitbestimmungsrecht zu umgehen
22	Wirtschaft	Kommunale Jobcenter werden zur Nutzung von IT-Schnittstellen und zum Datenaustausch verpflichtet
23	Arbeitsmarkt	Westbalkan-Regelung ab dem 1.1.2027 auf 25.000 Personen pro Jahr begrenzen
		Westbalkan = sechs Länder, für die erleichterter Zugang zum Arbeitsmarkt gilt (nicht EU); Kriterium: Visum; aktuell 50.000 Personen; was ist der Hintergrund/Notwendigkeit?
24	Arbeitsmarkt	Längere Sonntagsöffnungszeiten für Bäckereien, Konditoreien und Bibliotheken ab 1.1.2027
		zu Lasten der Angestellten; höhere Energiekosten für Betriebe; Förderung Leiharbeiter/Teilzeit; Bsp. Frankreich: größere bleiben geschlossen, aber kleinere dürfen öffnen wegen Nische
25	Bürokratieabbau	Abschaffung von Berichts- und Dokumentationspflichten gegenüber staatlichen Stellen
	Beweislastumkehr (Ministerium müssen begründen, warum Dokumentation erforderlich ist)	grds. richtig, aber im Detail schauen
	Grundsätzliche Vermeidung von Berichtspflichten in neuen Gesetzen	"grundsätzlich", Gründe begründen
	Abschaffung von 25 Prozent der Berichtspflichten innerhalb von 12 Monaten	entweder begründet oder nicht, dann braucht es keine Fallzahlen
26	Bürokratieabbau	Beschaffung der Bestellungspflicht betrieblicher Beauftragter (nur noch nach EU-Vorgaben)
	Einhaltung materieller Vorgaben wird in Verantwortung der Unternehmen gelegt, begleitet durch hohe Strafen bei Verstößen	wen betrifft es (nicht)? Bsp. Gleichstellungsbeauftragte?
27	Bürokratieabbau	Ausweitung der Genehmigungsfiktion als Regelfall: z.B. Anträge gelten vier Monate nach Eingang als genehmigt
		welche Vorgaben betrifft das konkret? (Bsp. Arbeitszeitverstöße; Umweltschutz, Arbeitsschutz); gerne mehr Kontrollen
28	Bürokratieabbau	Vereinfachung der Abgabe der Steuererklärung (Vorschläge bis Herbst 2026)
	Nutzung der Steuer-ID ohne Einschränkung durch Sozialversicherungsträger zur Missbrauchsbekämpfung	grds. gut, aber "Vollständigkeit" definieren
29	Bürokratieabbau	Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDD) 1:1 (d.h. nationale Normen zurücknehmen)
	Sicherung des menschlichen Schutzniveaus durch Neuauflage des Nationalen Aktionsplans (NAP) 2026-2031	ersetzt nicht die Kontrolle beim Ausfüllen
30	Bürokratieabbau	Risikoorientierte Aufsicht: Stichprobenartige Überprüfung, Bagatellgrenzen, Pauschalierungen
	Im Gegenzug werden Verstöße stärker als bisher sanktioniert (Gewerberecht, Steuerstrafrecht)	wenn gesetzlich konform (Datenschutz)
31	Bürokratieabbau	Konsequente 8%-Personaleinsparung bei allen Bundesbehörden ("Digitalisierungsrendite")
		in Deutschland sehr exzessive/detaillierte Regelung in der Kette
32	Bürokratieabbau	Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes: mehr Verständlichkeit und Transparenz
	Auskunftsrechte zukünftig auf natürliche Personen beschränken, die ein berechtigtes Interesse nachweisen	
	Prüfung, den Kreis der berechtigten Personen auf in Deutschland lebende Deutsche und Unionsbürger zu beschränken	Sicherung des menschlichen Schutzniveaus durch Neuauflage des Nationalen Aktionsplans (NAP) 2026-2031
	Namen von Mitarbeitenden schwärzen	Risikoorientierte Aufsicht: Stichprobenartige Überprüfung, Bagatellgrenzen, Pauschalierungen
	IFG-Gebühren im Einklang mit dem Kostendeckungsprinzip anpassen	Im Gegenzug werden Verstöße stärker als bisher sanktioniert (Gewerberecht, Steuerstrafrecht)

33	Bürokratieabbau	Verzicht auf behördliche Genehmigung von überwachungsbedürftigen Anlagen	wer prüft, ob Überwachung nicht in den öffentlichen Raum hineingeht? Was sind überhaupt "überwachungsbedürftige Anlagen"? Anzeigepflicht mit nachträglicher Prüfung wäre eine mögliche Alternative zur Genehmigungspflicht
		Überarbeitung der Prüfpflicht elektrischer Anlagen in Vorschriften 3 und 4 der DGVU	bezieht sich auf wiederkehrende Prüfungen und das tatsächliche Risiko konkreter Anlagen
		Verbesserung Datenaustausch zwischen Bund, Ländern und Unfallversicherungsträgern	
		Regelmäßige, trägerübergreifende Kontrollen im Arbeitsschutz	
34	Bürokratieabbau	Schrifterfordernis bei Befristungen wird zum 1.1.2027 aufgehoben	worauf bezieht sich das? Im Arbeitsrecht wäre das ein Verstoß gegen EU-Norm, Mietvertrag? Genehmigung? Juristisch relevant

findet Zuspruch

findet in Teilen Zuspruch

findet keinen Zuspruch